L 13

Landesmindestlohn bei Postdienstleistungen

Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Anwendung des Landesmindestlohns auf alle Unternehmen, die im Auftrag der Kommune Bremen oder des Landes Bremen tätig sind?
2. Wie bewertet der Senat, dass Beschäftigte in Unternehmen, die Leistungen für Land und Kommune erbringen, teilweise geringere Löhne als den Landesmindestlohn erhalten – insbesondere unter Berufung auf sogenannte Mischkalkulationen, bei denen der öffentliche Auftrag nur einen Teil der Gesamtleistung ausmacht?
3. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um sicherzustellen, dass künftig alle Unternehmen, auch etwa im Bereich der Postzustellung, die für die Kommune Bremen oder das Land Bremen tätig sind, mindestens den Landesmindestlohn zahlen?

Zu Frage 1:

Die Freie Hansestadt Bremen hat mit der Auswahl der Normadressaten ihren landesrechtlichen Gesetzgebungsspielraum zur Gestaltung von Mindestentgeltvorgaben vollumfänglich ausgeschöpft. Entsprechend § 9 Absatz 1 Landesmindestlohngesetz soll der Mindestlohn für alle Beschäftigten im Einflussbereich der Freien Hansestadt Bremen sowie der Kommunen Bremen und Bremerhaven sicherstellen, dass eine alleinstehende vollzeitbeschäftigte Person ihre Lebenshaltungskosten in der Erwerbsphase selbständig decken kann und auch nach Erreichen der Regelaltersgrenze bei Bezug der gesetzlichen Altersrente nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sein muss. Diese gilt gemäß § 7 Landesmindestlohngesetz in Verbindung mit § 9 Tariftreue- und Vergabegesetz unter anderem für alle Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer der Freien Hansestadt Bremen sowie der Kommunen Bremen und Bremerhaven bei öffentlichen Aufträgen über Bau- und Dienstleistungen.

Zu Frage 2:

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge können Tariftreue- bzw. Mindestentgeltanforderungen aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen ausschließlich für die Ausführung der jeweils ausgeschriebenen Leistung vorgegeben werden. Für Tätigkeiten, die keinen Bezug zum Auftrag haben, darf eine Verpflichtung zur Zahlung des Mindestentgelts nicht gefordert werden.

Mischkalkulationen beziehen sich auf so genannte Misch Tätigkeiten. Dabei werden sowohl öffentliche als auch private Aufträge gleichzeitig ausgeführt. Derartige Misch Tätigkeiten kommen insbesondere bei der Beauftragung von Postdienstleistungen vor und sind vor dem Hintergrund der in dieser Branche bestehenden Arbeitsabläufe kaum zu vermeiden. Eine Schaffung von Doppelstrukturen in den Unternehmen, bei welchen die Bearbeitung öffentlicher und privater Aufträge technisch und personell getrennt zu erfolgen hätte, wäre weder ökonomisch zumutbar noch rechtlich vertretbar.

In der Praxis werden die Arbeitsentgelte der mit der Erbringung des Mischauftrages betrauten Beschäftigten entsprechend dem Anteil öffentlicher Aufträge am Gesamtumsatz des jeweiligen Unternehmens bzw. Betriebes erhöht. Diese Vorgehensweise entspricht den geltenden vergaberechtlichen Vorschriften.

Im Ergebnis kann dies dazu führen, dass der Landesmindestlohn für Postzustellerinnen und Postzusteller, die auch öffentliche Aufträge ausführen, zu einer Erhöhung des Stundenlohns führt, der Stundensatz aber insgesamt unterhalb des Landesmindestlohns von gegenwärtig 14,28 Euro liegt. Die absolute Untergrenze für die Vergütung ist derzeit der Bundesmindestlohn von 12,82 Euro.

Der Senat setzt sich im Bund kontinuierlich für einen existenzsichernden Bundesmindestlohn ein, welcher der Höhe nach mindestens dem bremischen Landesmindestlohn entspricht.

Zu Frage 3:

Gemäß § 9 Absatz 1 Tariftreue- und Vergabegesetz werden öffentliche Bau- und Dienstleistungsaufträge nur an solche Unternehmen vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe durch eine Mindestentgelt-Erklärung schriftlich dazu verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung ein tätigkeitsspezifisches Mindestentgelt zu zahlen. Dieses Mindestentgelt entspricht mindestens dem Landesmindestlohn.

Die Einhaltung der entsprechenden Vertragsklauseln wird im Land Bremen kontrolliert, mögliche Verstöße werden sanktioniert.

Als zentralisierte Kontrollbehörde überwacht die Sonderkommission Mindestentgelt die Einhaltung der Arbeitsbedingungen und Zahlung des tätigkeitsspezifischen Mindestentgeltes. Hierfür werden stichprobenartige Kontrollen durchgeführt. Bei Feststellung eines Verstoßes reichen die Sanktionen von einer Vertragsstrafe über eine fristlose Kündigung des Auftrages bis zu einem zeitweisen Ausschluss von der Teilnahme an der öffentlichen Auftragsvergabe. Bei Kontrollen von Postdienstleistungen wurden bisher keine Verstöße festgestellt.

Über die Ergebnisse ihrer Prüfungen erstellt die Sonderkommission Mindestentgelt im Turnus von zwei Jahren einen Tätigkeitsbericht. Der letzte Bericht erschien im Jahr 2025.